

München – ein Paradies für Steuersünder

Weil es in der Stadt viel zu wenige Fahnder gibt, entgehen dem Staat jedes Jahr 24 Millionen Euro

Von Bernd Kastner

Die Prüfer sind zu Geprüften geworden, und das Urteil über sie könnte härter kaum ausfallen: Die Münchner Steuerfahnder verschenken Millionen, urteilt der Oberste Bayerische Rechnungshof (ORH). Schuld aber seien nicht die Mitarbeiter: Es gebe viel zu wenig Personal, und das sei in den vergangenen Jahren faktisch noch weiter abgebaut worden. Die teuer ausgebildeten Fahnder müssen obendrein mit alter Software arbeiten und stundenlang am Kopierer stehen.

Diese Vorwürfe stehen in der SZ vorliegenden internen „Prüfungsmittellungen“ des ORH, die im vergangenen Herbst an das bayerische Finanzministerium zur Stellungnahme gingen, ohne dass sie seitdem widerlegt wurden. Zwei Steuerprüfer bestätigen die Zustände im Gespräch mit der SZ und bezeichnen die Stimmung der Kollegen als „frustriert“: „Das Geld liegt auf der Straße, aber man lässt es uns nicht aufheben.“ Während alle Welt nach Liechtenstein starrt und auf neue Namen prominenter Steuersünder wartet, scheint man sich an die Misere in der Fahndung, die zu Steuergeschenken der besonderen Art führt, gewöhnt zu haben. „Man wurschtelt sich so durch“, sagt ein erfahrener Münchner Fahnder, der ungenannt bleiben will.

Zum Beispiel Scheinvermietungen. Dieses illegale Steuersparmodell habe sich in besseren Münchner Kreisen zu einer Art „Hobby“ entwickelt: Herr A. wohnt in München und baut in Erding ein Einfamilienhaus. Dieses vermietet er an Frau Z., sodass er Bau- und Unterhaltskosten von der Steuer absetzen darf. Was er aber verschweigt: Frau Z. ist seine Lebenspartnerin, beide wohnen zusammen im neuen Heim. Über die Jahre lasse sich so fast ein ganzes Haus mittels Steuerhinterziehung finanzieren. In der Realität könnten unzählige solcher Fälle so gut wie nie geahndet werden. Wenn sich ein Prüfer zwischen Zumwinkel und einem Bäckermeister entscheiden müsse, wähle er natürlich Zumwinkel. Die kleinen Fälle unter einer Million Euro würden allenfalls nebenher erledigt, um wie bei den Häuslebauern hin und wieder ein Zeichen zu setzen: „Sonst spricht sich das herum, dass nichts passiert, und es wird zum Selbstläufer.“

Die Prüfer des Rechnungshofs hatten die Jahre 2000 bis 2006 kontrolliert. Im internen, 34 Seiten starken Papier ist die Situation wesentlich detaillierter beschrieben als im veröffentlichten Jahresbericht. „In München sind die Zustände besonders krass“, sagt Werner Stupka. Der Nürnberger Steuerfahnder ist Bun-

desvorsitzender der Fachkommission Steuerverwaltung bei der Gewerkschaft Verdi und der wohl einzige Fahnder in Bayern, der derzeit offen spricht. Allein zum Thema Liechtenstein schweigt er.

Die Stimmung unter den Kollegen in München beschreibt er als „Mischung aus Engagement und Resignation“. Und das in Bayerns größtem Wirtschaftsraum, dem der ORH eine überdurchschnittlich hohe Wirtschaftskriminalität bescheinigt. Um rund 30 Prozent ist die bayerische Steuerfahndung laut ORH unterbesetzt. Maßstab dafür sind keine gewerkschaftlichen Forderungen, sondern staatliche Personalberechnungen. Zwar wuchs in München die Fahnderzahl von 2000 bis 2007 um zwölf Prozent, doch de facto, so der ORH, wurde Personal abgebaut. Das liegt an der GewOK, einer Sonderstelle zur Bekämpfung von Geldwä-

setzbar seien. Weder mit Kollegen im eigenen Amt noch mit anderen bayerischen Fahndern seien sie vernetzt, „ihre Programmierung ist zum Teil völlig veraltet“. Einzige Ausnahme sind die Geldwäsche-Einheiten in München und Nürnberg, die könnten elektronisch miteinander kommunizieren, aber eben nur sie. So stehen überlastete Fahnder meist einem wohlhabenden Steuersünder gegenüber, der sich teures Equipment und beste Anwälte leisten kann. „Das ist“, sagt Werner Stupka, „als wollte man einen Ferrari mit einem Fahrrad verfolgen.“

Rund 33 000 Hinweise auf mutmaßliche Steuersünden sind in München von 2000 bis 2006 eingegangen. An vielen ist was dran, dennoch liegen sie oft jahrelang unbearbeitet in der Schublade: „Das Finanzamt München I weist den höchsten Arbeitsvorrat aus“, formuliert



„Man wurschtelt sich so durch“: Die Steuerfahnder in der Prinz-Ludwig-Straße leiden unter massivem Personalmangel – zur Freude der Steuersünder. Foto: Rumpf

sche und organisierter Kriminalität, eingerichtet nach den Terroranschlägen des 11. September 2001, angesiedelt bei den Finanzämtern München und Nürnberg-Süd. In München ist die GewOK 25 Fahnder stark, dafür versetzt man 13 Kräfte von der normalen Steuerfahndung. Die fehlen fürs Tagesgeschäft.

„Es liegen Dutzende von Fällen auf dem Tisch, aber es gibt keinen, der sie erledigen könnte“, sagt der Münchner Ermittler und spricht von einer „grotesken Arbeitssituation“: „Wir betreiben nur noch Mangelverwaltung.“ Häufig stundenlang Fahnder, die jahrelang für viel Geld ausgebildet wurden, stundenlang am Kopierer, um Akten zu vervielfältigen. Denn es gibt auch viel zu wenige Fahndungshelfer, die solche zeitraubenden Arbeiten erledigen könnten.

Und auch an der Technik hapert es. Die bayerischen Fahndungsstellen arbeiten laut ORH mit „hausinternen“ Datenverarbeitungssystemen, die nur innerhalb des jeweiligen Arbeitsgebiets ein-

der Rechnungshof. 774 prüfungswürdige Fälle, die älter als zwei Jahre sind, wurden aufgespürt. Viele der relevanten Fälle werden an die örtlichen Finanzämter weitergeleitet. „Totmachen“ heißt das im Amtsjargon, und nicht selten stirbt die Steuerstrafakte tatsächlich einen sanften Tod: Denn die normalen Finanzämter haben nicht das strafrechtliche Knowhow und die Befugnis der Fahnder. Nur die dürfen durchsuchen und vernehmen. 24 Millionen Euro gehen so pro Jahr in München laut ORH verloren.

Als der Rechnungshof die Steuerfahndung prüfte, gab es dort 103 Ermittler (inzwischen sind es ein paar mehr). Von diesen 103 waren nur 23 für das normale „Tagesgeschäft“ einsetzbar, die anderen 80 sind mit Sonderaufgaben betraut. Dazu gehören Geldwäsche, Umsatzsteuer-Karusselle, die von manchen Kriminellen als Lizenz zum Gelddrucken genutzt werden, oder die Gebäudereinigungsbranche. Letztere hat keinen guten Ruf, seit immer mehr ausländische Sub- und

Schein-Unternehmen in Deutschland agieren. 23,2 Millionen nicht gezahlter Steuern haben die Ermittler bei 43 dieser Unternehmer allein in München aufgespürt. Viele der Steuersünder wurden verurteilt, doch von den Millionen hat der Staat keinen Cent gesehen: Es war nichts mehr zu holen bei den Firmen.

In vielen anderen Fällen wäre zum Zeitpunkt der Durchsuchung durchaus noch Geld vorhanden, das dem Staat zusteht. Doch die Verfahren ziehen sich oft über Jahre hin, und bis dahin sei das dem Staat zustehende Kapital längst weggeschafft, von der Verjährung ganz zu schweigen. Jeder dritte hinterzogene Euro bleibt, wo er ist: beim Steuerhinterzieher, so die Bilanz der Rechnungsprüfer. „Geld, das wir nicht sofort sichern, ist oft verloren“, klagt Stupka. Verdi fordert zwölf spezielle Vermögensabschöpfer für Bayern, wie sie auch die Kripo habe, und die ausschließlich das aufgespürte Geld dingfest machen sollen. Dies aber sei so aufwendig, dass es die Prüfer nicht nebenbei erledigen könnten.

Zufällige Ermittlungen

Noch extremer ist die erzwungene Untätigkeit bei Branchen wie Gastgewerbe, Taxi oder Prostitution. „Rotlicht können wir nicht mehr machen“, meint der Münchner Fahnder. Von einem „erheblichen Nachforschungsbedarf“ geht der ORH aus, weil Strukturermittlungen nicht stattfinden. So nennt man das systematische Durchleuchten einer Branche, um die Namen zu kennen, um zu wissen, wer mit wem kooperiert, wer wem gefälschte Rechnungen ausstellt. „Erhebliche Steuerschäden“ in Millionenhöhe nimmt der ORH an, genaues aber weiß niemand angesichts von Ermittlungen, die eher zufällig zu erfolgen scheinen.

Im Finanzministerium gibt man sich einsichtig. „Wir wollen die Anregungen des Rechnungshofs aufgreifen“, sagt Sprecherin Judith Steiner und wird auch gleich konkret: Minister Erwin Huber (CSU) habe sofort die Zahl der neu einzustellenden Finanz-Azubis von 320 auf 420 erhöht und wolle zehn Fahndungshelfer nach München schicken, damit die Ermittler nicht mehr soviel kopieren müssten. Außerdem arbeite man an einer Verbesserung der Software.

Bis das alles greift, dürfte sich an Werner Stupkas Bewertung der Situation kaum etwas ändern: „Zwei-Klassen-Steuerrecht im Vollzug.“ Während normale Angestellte ihre Einkommenssteuer sofort abgezogen bekämen, müssten Selbständige und Wohlhabende kaum mit Kontrollen rechnen. „Da bleibt die Gerechtigkeit auf der Strecke.“